

Für viele ist jetzt Sparen angesagt

BaWü-Check: Die Teuerung schlägt im Südwesten auf die Stimmung. Viele schränken sich bereits beim Konsum ein

VON ANGELIKA WOHLFROM
angelika.wohlfrom@suedkurier.de

Beim großen Wocheneinkauf ist die Erkenntnis unvermeidlich: Das Leben in Deutschland ist teurer geworden. Sei es beim Fleisch, beim Gemüse oder bei Milchprodukten – überall schlägt die Teuerung durch. Zuletzt verlangsamte sich die Entwicklung zwar etwas, das Statistische Bundesamt rechnet aber immer noch mit einer Inflation von 7,6 Prozent im Jahresvergleich. Nahrungsmittel verteuerten sich bereits um 12,7 Prozent. Und das Ifo-Institut erwartet weiter steigende Lebensmittelpreise: Laut seiner Umfrage wollen fast alle Händler Preise erhöhen.

Das Thema ist bereits massiv bei der Politik aufgeschlagen. Gegen die ersten Teuerungen hat die Ampel-Koalition im Bund zwei Entlastungspakete gesetzt:



Es gibt unter anderem Zuschüsse zu Heizkosten, der Strompreis sinkt seit 1. Juli durch die wegfallende EEG-Umlage, die Pendlerpauschale und der Arbeitnehmerpauschbetrag wurden erhöht. Im zweiten Entlastungspaket folgten dann der - weitgehend unwirksame - Tankrabatt, Hilfen für Sozialhilfeempfänger und das Neun-Euro-Ticket für Bus und Bahn. Eine ganze Menge wurde also schon investiert, doch ob das ausreicht? Daran zweifeln viele. Kanzler Olaf Scholz schwört die Bürger bereits auf eine lang anhaltende Krise ein. Gemeinsam mit Arbeitgebervertretern und Gewerkschaften ist man nun auf der Suche nach Lösungen.

53 Prozent sparen beim Autofahren
Mit Blick auf den BaWü-Check, den das Institut für Demoskopie (IfD) in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen im Juni durchgeführt hat, scheinen weitere Schritte geboten. „Sozialer Sprengstoff“ stecke in den Teuerungen, meint Scholz kürzlich. Nicht von ungefähr. Denn die Preissteigerungen der letzten Monate wirken sich laut IfD besonders negativ auf die derzeitige Stimmungslage aus. Bereits seit Herbst letzten Jahres fühlen sich rund zwei Drittel der baden-württembergischen Bevölkerung durch die steigenden Preise sehr stark oder stark belastet. Aktuell sind es 70 Prozent. Jeder Vierte empfindet die Preissteigerungen sogar als besonders gravierend, lediglich 4 Prozent stufen sie für sich persönlich als geringfügig ein. Auch wenn die Preissteigerungen nahezu jeder spürt, ist die persönliche Betroffenheit ausgeprägt schichtgebunden: In den unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent von den Preissteigerungen sehr stark oder stark belastet, in den höheren Einkommensgruppen 56 Prozent.

Als besonders belastend empfindet die Bevölkerung die Inflation bei den Kosten für Benzin, Strom, Lebensmittel und Heizen. Entsprechend versucht ein Großteil von ihnen, auch gerade hier sparsamer zu sein: 53 Prozent schränken sich beim Autofahren ein, indem sie versuchen, Sprit zu sparen, 51 Prozent haben ihre Restaurantbe-



Reisende steigen am Bahnhof in Überlingen in einen Regionalzug ein.



Der Gaszähler läuft und läuft.



Lebensmittel liegen in einem Supermarkt an der Kasse auf dem Band. BILDER: DPA

suche reduziert, 48 Prozent schränken sich beim Kauf von Kleidung ein, 44 Prozent bei Urlaub und Reisen und 43 Prozent beim Kauf von Lebensmitteln. Ebenso viele drosseln ihren Stromverbrauch oder unternehmen weniger in ihrer Freizeit. Personen, die sich von den Preissteigerungen besonders stark belastet fühlen, schränken sich in allen Bereichen weit überdurchschnittlich ein. Insbesondere bei den Ausgaben für Lebensmittel und Kleidung, aber auch



„Das ist sozialer Sprengstoff.“

Olaf Scholz, Bundeskanzler, über steigende Heizkosten

für Urlaube, Genussmittel und Hobbys versucht sich dieser Personenkreis überdurchschnittlich einzuschränken.

Gesundheit und Schulen vorn

Bundesweite Umfragen des Allensbacher Instituts zeigen, dass die Bevölkerung infolge der Aneinanderreihung von Krisen die finanzielle Lage des Staates aktuell deutlich kritischer einschätzt als noch vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Dennoch sehen die Bürgerinnen und Bürger bei den staatlichen Ausgaben nur geringe Einsparpotenziale. Im Gegenteil: 94 Prozent wünschen sich, dass Baden-Württemberg mehr Geld in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser oder Sozialstationen investiert. 91 Prozent wünschen sich mehr Ausgaben für

Neun-Euro-Ticket

Gut einen Monat gibt es nun das Neun-Euro-Ticket im öffentlichen Nahverkehr. Bei der Mehrheit der Baden-Württemberger kommt das gut an. Wobei der Kauf offenbar auch eine Frage des Alters ist: Von den unter 30-Jährigen haben bereits zwei Drittel das 9-Euro-Ticket erworben oder planen den Kauf, von den über 60-Jährigen nur gut jeder Dritte. Die Mehrheit im Land würde eine Fortführung über die bislang geplanten drei Monate hinaus begrüßen, allerdings nicht vorbehaltlos. Ein Drittel plädiert – angesichts der immensen Kosten – für etwas höhere Preise.

die Ausstattung von Schulen, 80 Prozent für den Ausbau von Straßen und Bahnstrecken. Jeweils rund drei Viertel fordern zudem höhere Ausgaben für die Ausstattung der Polizei, für die Förderung von Forschungsvorhaben sowie für Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt. Umgekehrt gibt es nur wenige Bereiche, in denen die Bevölkerung Einsparpotenziale sieht. Am ehesten noch bei großen Bauvorhaben, bei kulturellen Einrichtungen sowie der Sportförderung.

Das lesen Sie zusätzlich online

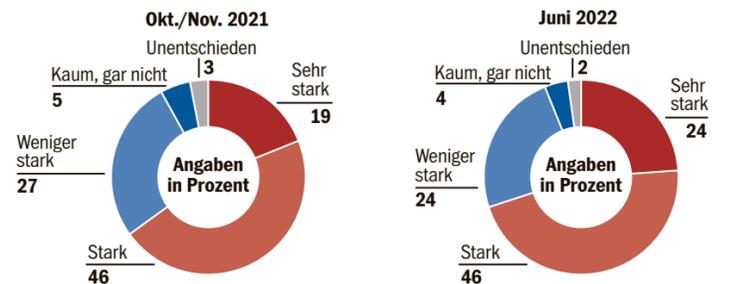
Windkraft? Ja bitte, und Atomkraft auch: Ukraine-Krieg verändert Einstellung im Land
www.sk.de/1110049



Bei Schwimmbädern würden 30 Prozent der Befragten einsparen.

Hohe subjektive Belastung durch Preissteigerungen

Fragen: „Die Preise in Deutschland sind ja in den letzten Monaten gestiegen. Wie sehr belasten Sie diese Preissteigerungen?“

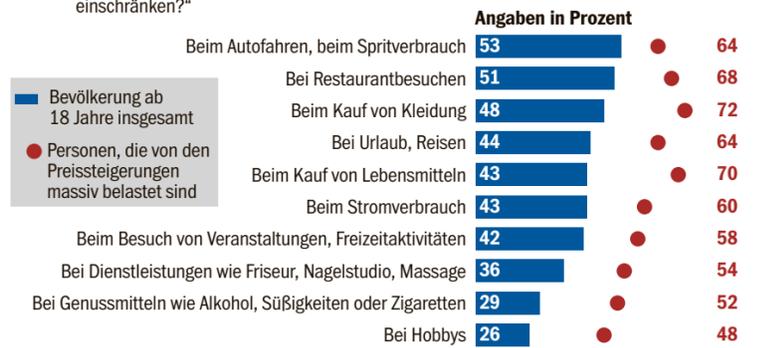


In den unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent von den Preissteigerungen sehr stark oder stark belastet

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Inflation führt zu bewussten Einschränkungen

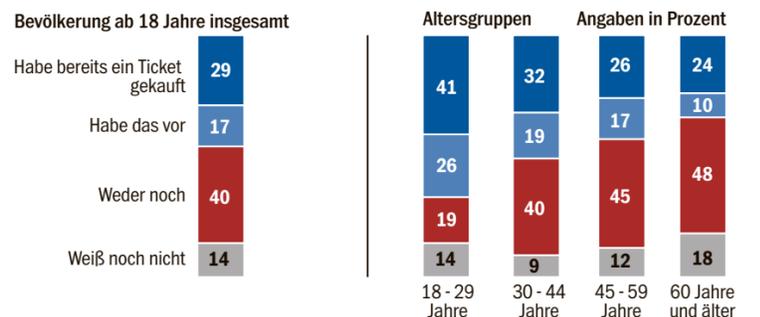
Fragen: „Gibt es Bereiche, in denen Sie sich aufgrund der gestiegenen Preise zurzeit einschränken?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Neun-Euro-Ticket begeistert am ehesten die junge Generation

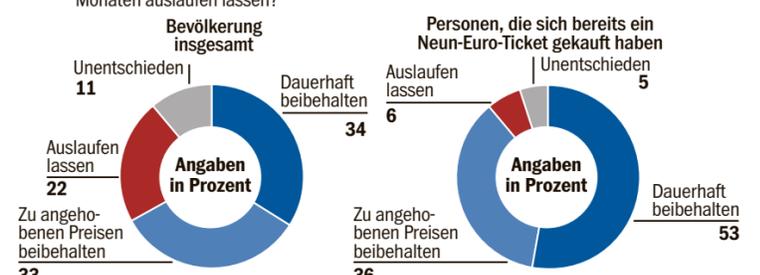
Fragen: „Seit Kurzem kann man in Deutschland das sogenannte Neun-Euro-Ticket kaufen. Damit kann man beliebig oft in allen Verkehrsmitteln des öffentlichen Nahverkehrs fahren. Haben Sie sich bereits ein solches Neun-Euro-Ticket gekauft, oder haben Sie das zwar noch nicht getan, aber haben das vor, oder weder noch?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Mehrheit wünscht Fortführung des Neun-Euro-Tickets

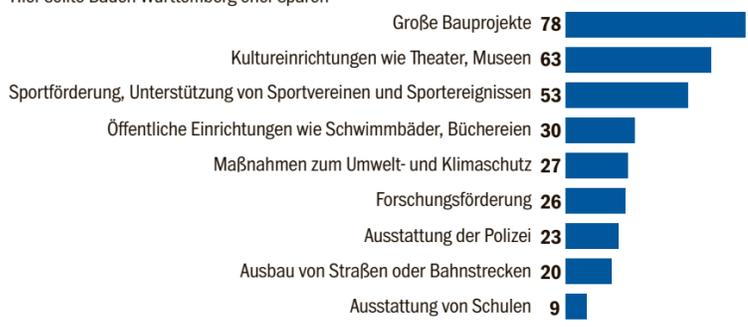
Fragen: „Der Staat subventioniert das Neun-Euro-Ticket in den drei Monaten mit circa 2,5 Milliarden Euro. Wie sehen Sie das: Sollte man das Neun-Euro-Ticket nach diesen drei Monaten dauerhaft beibehalten, oder zu angehobenen Preisen beibehalten, oder nach den drei Monaten auslaufen lassen?“



QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE 6164 / SÜDKURIER-GRAFIK Basis: BW, Bevölkerung ab 18 Jahre

Streichliste: Bereiche, in denen der Staat sparen sollte

Hier sollte Baden-Württemberg eher sparen



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre